

Weisser Fleck bekommt Farbe

Jugendförderung Immer mehr, aber längst nicht alle Gemeinden engagieren sich

Die Jugendförderung im Kanton Solothurn wird für weitere vier Jahre an den Berner Verein Infoklick.ch ausgelagert. Dieser baut das Angebot aus und gibt eine Empfehlung ab: Der Kanton soll die Gemeinden finanziell unterstützen, damit sie in der offenen Jugendarbeit aktiver werden.

STEFAN FRECH

«Als wir angefangen haben, war der Kanton Solothurn bei der Jugendförderung ein weisser Fleck», sagt Marcus Casutt. Er ist seit Januar 2006 Leiter der Fachstelle «Jugendförderung Kanton Solothurn», die im Auftrag des Regierungsrats durch den Verein Infoklick.ch betrieben wird. Heute präsentiert sich der Kanton bereits deutlich bunter: Die von der Fachstelle lancierten Projekte wie Mädchenwoche, Jugendpolititag, Infocard oder Jugendprojektwettbewerb sind zu Institutionen geworden, und immer mehr Gemeinden engagieren sich in der offenen Jugendarbeit (Treffe, Beratung usw.). «Mittlerweile hat rund ein Drittel der Gemeinden einen Jugendarbeiter angestellt», berichtet Casutt. Eine Umfrage hat gezeigt, dass nicht nur die ratsuchenden Gemeinden, sondern auch die Jugendlichen selber und die Eltern mit dem Angebot der Fachstelle sehr zufrieden sind.

Regierung verlängert den Vertrag

Der Verein Infoklick.ch hat mit seiner Arbeit auch die Solothurner Regierung überzeugt: Ende März wurde die Leistungsvereinbarung um weitere vier Jahre verlängert. Damit verbunden sind auch einige Neuerungen. So wird die Mädchenwoche ab nächstem Jahr auch in Olten durchgeführt. «Ohnehin sind wir bestrebt, unsere Projekte und Veranstaltungen geografisch noch

besser zu verteilen», erklärt Casutt. Im Schwarzbubenland etwa werden die Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsverein Forum Regio Plus verstärkt. Präsenzer will die Fachstelle auch in der Region Olten sein und im Bucheggberg, wo noch keine offene Jugendarbeit existiert.

Kanton Bern als positives Vorbild

In diesem Bereich sieht Marcus Casutt denn auch am meisten Handlungsbedarf. Gemäss kantonalem Sozialgesetz liegt die Jugendförderung im Aufgabenbereich der Gemeinden. «Sie können, müssen aber nicht aktiv werden.» So hat nur eine Minderheit der Gemeinden Jugendarbeiter angestellt. «Oft scheitert ein Engagement an den Kosten.» Einige Gemeinden, etwa im Thal, haben sich zur Abhilfe zusammengeschlossen und beschäftigen gemeinsam einen Jugendarbeiter. Casutt verweist auf den Kanton Bern, der seine Gemeinden über den Lastenausgleich entschädigt, wenn sie in die offene Jugendarbeit investieren. Etwas Ähnliches erhofft sich Casutt für den Kanton Solothurn. Geplant ist, dass der noch junge kantonale Verband für offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (VOAKJ) bei den Kantonsräten lobbyiert – mit dem Ziel, dass die Gemeinden vermehrt unterstützt werden. Erstmals wird dieses Jahr die kantonale Jugendförderung mit 175 000 Franken aus der ordentlichen Staatsrechnung unterstützt. Der Rest (19 5000 Franken) wird über den Lotteriefonds finanziert.

Mittel im Kampf gegen Gewalt

Mehr Geld wäre gut investiertes Geld, ist Marcus Casutt überzeugt. «Unsere Arbeit trägt zur Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft bei.» Casutt nennt als Beispiel den Jugendmitwirkungstag,



JUGENDPOLITTAG Jedes Jahr können Jugendliche den Kantonsrätinnen und Kantonsräten ihre Anliegen mitteilen. URS LINDT

den bis jetzt neun Gemeinden durchgeführt haben. «Wenn sich Jugendliche ernst genommen fühlen und ihre Ideen verwirklichen können,

hat das für alle eine positive Wirkung.» Solche Projekte können auch präventiv, etwa gegen Jugendgewalt, wirken.

Gastautor



ULRICH BUCHER

Modewort Qualität

Seit Generationen gilt Schweizer Qualität als Inbegriff für hochstehende Produkte. Insbesondere bei industriellen Fabrikaten ist in den letzten Jahrzehnten die Störungsanfälligkeit weiter gesunken, obwohl die Nutzungsmöglichkeiten massiv angestiegen und die Verkaufspreise gefallen sind. Gutes wurde noch besser. Aufgrund dieser Entwicklung gilt die Qualitätsförderung heute praktisch in allen Firmen und Institutionen als zentrale Aufgabe. Zumindest auf dem Papier. Teilweise taugen nämlich Kundendienste von Dienstleistern mit grossem Publikumsverkehr bestenfalls als schlechte Beispiele. Dazu ein kurzer Praxisbericht: Eine Schweizer Krankenversicherung, welche in den deutschen Markt expandieren will, wirbt im nördlichen Nachbarland mit dem Slogan: «Mit unserer Schweizer Historie sind uns Transparenz und Qualität ganz besonders wichtig». Abgesehen davon, dass der Begriff «Transparenz» in Bezug auf die Schweiz in Deutschland derzeit eher zynisch tönt, ist die Kasse in der Praxis nicht in der Lage, eine banale Adressmutation korrekt durchzuführen. Die Abwicklung von Reklamationen spottet jeder Kritik. Auch von Transparenz kann keine Rede sein. Selbst der zuständige Agenturleiter musste einräumen, dass die Abrechnungsformulare dieser Versicherung nur schwer verständlich seien. Einzig das Ausstellen von Rechnungen klappt tadellos.

IM ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSWESEN wird den Mitarbeitenden der Unterschied von Basis-, Struktur- und Prozessqualität doziert. Manuals beschreiben zahlreiche Qualitätsnormen. Ob sie verstanden und angewendet werden, ist aber eine andere Frage. Vermutlich geht es bei zahlreichen Aktivitäten im Qualitätsbereich primär darum, die Führungsebene vor Verantwortlichkeitsvorwürfen zu schützen und weniger um bessere Leistungen. Es ist mir übrigens völlig egal, ob ein Basis-, Struktur-, oder Prozessqualitätsmangel vorliegt, wenn meine Vene bei einer Blutentnahme nicht auf Anhieb getroffen wird. Die für mich zuständige Laborantin trifft glücklicherweise immer. Sie kann es halt einfach.

AUCH IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG hat das Modewort Qualität Einzug gehalten. Es ist höchst interessant, die verschiedenen Leitbilder der kantonalen Verwaltung mit der Praxis zu vergleichen. Die Einhaltungquote der selbst verordneten Leitbildziele ist in etlichen Ämtern ziemlich armselig. Und nun der neuste Hit: Das Departement für Bildung und Kultur will in der Volksschule als neues Qualitätselement Schulvereinbarungen zwischen Schulleitung, Eltern und den Schülerinnen und Schülern einführen. Weil ja eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit beruht bzw. beruhen sollte, müssen folglich im Kanton Solothurn rund 25 000 Verträge ausgehandelt und unterzeichnet werden. Ausser einem administrativen Riesenaufwand (einmal mehr vom Kanton befohlen und durch die Gemeinden zu bezahlen) wird dieses Vorhaben sehr wenig bis gar nichts bringen. Bedeutend wirkungsvoller wäre eine individuelle Überwachung und gegebenenfalls konsequente Sanktionierung der effektiven Problemfälle. Höchstwahrscheinlich geht es auch bei diesem Leerlauf mehr um die Absicherung der kantonalen Obrigkeit als um reale Optimierungen im Schulbetrieb. Papier statt konkrete Taten ist einmal mehr das untaugliche Motto. **Ulrich Bucher, Zuchwil, Geschäftsführer des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG), SP-Kantonsrat und Dienstleister für den öffentlichen Sektor.**

Die Jäger wollen weniger Pacht zahlen

Revierjagd Solothurn Die zunehmende Störung des Wilds mindere den Wert der Jagdreviere

Weil der Zivilisationsdruck auf die Jagdreviere zunimmt, wollen die Solothurner Jäger dem Kanton weniger Pachtzins abliefern. Regierungsrätin Esther Gassler nahm diese Forderung an der Generalversammlung von Revierjagd Solothurn entgegen und wird sie prüfen.

Präsident Bruno Born nahm vor 350 Solothurner Jägerinnen und Jäger in Subingen die Kantonsregierung ins Visier. Im Hinblick auf die 2012 nach acht Jahren stattfindende Neuverpachtung der Jagdreviere habe Revierjagd Solothurn eine sechs Punkte umfassende Eingabe an den Regierungsrat gemacht, berichtete Born. So soll wie im Jahr 2004 erneut eine Neubewertung der Jagdreviere vorgenommen werden. Auch die 50-prozentige Beteiligung der Jagdgesellschaften an Schwarzwildschäden soll entfallen. Die Hauptforderung der Solothurner Jäger lautet jedoch: Die Gesamtpachtsumme von jährlich rund 550 000 Franken muss um mindestens 20 Prozent gesenkt werden.

Forderung wird zum Traktandum

«Wir können eine lange Liste von Faktoren ins Feld führen, die den Wert unserer Reviere vermindert», argumentierte Born. Er erwähnte Biker, Kletterer und weitere Trendsportarten in Wald und Flur, von den Jägern «Zivilisationsdruck» auf Wild und Natur genannt. Dieser habe in den letzten Jahren enorm zugenommen. Das Wild versteckt sich mehr, was die Jagd erschwert. Ein Solothurner Jäger bezahlt im Durchschnitt rund 800 Franken



JAGD Der Regierungsrat wird im Juni entscheiden, ob er auf die finanziellen Forderungen der Jäger eingehen will. SAT

an den Kanton, damit er jagen darf. Im Gegenzug reguliert er im Auftrag des Kantons die Wildbestände. Die an der Generalversammlung anwesende Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler nahm die Forderungen der Jäger entgegen. Anfang Juni wird sich die Gesamtregerung mit den Anliegen der Jäger vertieft auseinandersetzen.

Gassler berichtete im Rahmen ihrer Grussadresse über weitere Entwicklungen, welche die Solothurner Jäger betreffen. «Der im Raum Kestenholz/Neuendorf von der Autobahn A1 durchschnittliche überregionale Wildtierkorridor stellt über kurz oder lang eine Gefahr dar», erklärte die Regierungsrätin. Schon zweimal hätten aus östlicher Richtung in den Jurabogen einwandernde Hirsche die Abzäu-

nung der Autobahn übersprungen. Die Solothurner Regierung werde sich für eine möglichst rasche Erstellung der dort geplanten Wildbrücke über die A1 einsetzen. «Das Projekt steht aber in alleiniger Kompetenz des Bundes; es ist kaum mit einem Baubeginn in den nächsten zehn Jahren zu rechnen.»

Wildschweine halten sich zurück

In Sachen Luchs ist gemäss Regierungsrätin Gassler eine Entspannung feststellbar. Sie dankte den Jägern für die Mitarbeit beim Luchsmonitoring, das 2007 begann. Dadurch sollen bald noch präzisere Informationen über Anzahl, Verhalten und Wanderung des Luchses im Solothurner Jura vorliegen. Aus der Rede Gasslers war zudem zu entnehmen, dass die Schä-

den an landwirtschaftlichen Kulturen durch Wildschweine zurückgegangen sind. «Unerfreulich hingegen sind die Ausbreitung der Fuchsräude und die sich aus Osten nähernde Staupe, die ebenfalls den Fuchs sowie ungeimpfte Hunde angreift.» Krankheiten in freier Wildbahn seien allerdings natürlich. Eine der wichtigen Aufgaben der Jagd ist das Erlegen von krankem Wild, so Regierungsrätin Gassler.

Vom zurücktretenden Delegierten für jagdliches Standschiessen, Joseph Laffer, wurden die besonders guten Schützen ausgezeichnet. Laffers Nachfolger heisst Serge Allemann (Laupersdorf). Gassler überreichte Martin Eggenschwiler den Preis des Regierungsrats für Jagdaufseher für das beste Resultat im Standschiessen. (MGT/SFF)

INSERAT



Wir freuen uns von Herzen,
Philipp Müller
aus Bettlach herzlich zum erfolgreichen Staatsexamen und Erhalt der Promotion als Doktor der Zahnmedizin

zu gratulieren, und wünschen ihm für die Zukunft besten Erfolg und Wohlergehen.
Marlise und Heinz Müller-Sallaz
Patricia Müller
Hanny Müller
Marianne und Arno Sallaz-Racine